



Verkehrsausschuß

50. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

19. August 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.35 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitz: Manfred Hemmer (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

TOP 1 siehe APr 12/1303

Seite

- 2 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3972

Abstimmung zum Verkehrsetat gemäß Vereinbarung der Fraktionen

1

In der **Gesamt**abstimmung wird der **Einzelplan 08**, Bereich Verkehr - Änderungsanträge lagen nicht vor -, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU einstimmig **angenommen**.

*) öffentlicher Teil siehe APr 12/1303

3 Gesetz zur Änderung des Landesstraßenbaugesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 12/4001

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

2

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

4 Integriertes Schienenverkehrskonzept NRW

5

TOP 4 wird vertagt.

5 Terminplan 2000

5

Der Ausschuß beschließt den der Tagesordnung beigefügten Terminplan.

Nächste Sitzung: 16. September 1999

Aus der Diskussion

- 2 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3972

Abstimmung zum Verkehrsetat gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Zum **Einzelplan 08 Kapitel 08 081 - Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs** - führt **Günter Langen (CDU)** aus, daß die 21,5 Millionen DM, um die in Titelgruppe 74 Titel 891 74 - Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen - vermindert worden sei, anschließend in Kapitel 08 084 - Straßen- und Brückenbau - fließen. Er bittet um eine Begründung für diese Maßnahme. - **Minister Peer Steinbrück** antwortet, daß bei einer Reihe von Großprojekten Bauverzögerungen aufgetreten seien und deshalb auch kein Mittelabfluß stattgefunden habe, wie beispielsweise bei der Wuppertaler Schwebebahn, beim Flughafenbogen Köln/Bonn oder bei der Anbindung des Düsseldorfer Flughafens mit dem "People Mover". Die Mittel für diese Maßnahmen würden nicht gekürzt, sondern lediglich zeitlich verschoben, um die gleichermaßen wichtige Unterhaltung und Instandsetzung der Landesstraßen im laufenden Jahr noch besser dotieren zu können.

Zu **Kapitel 08 082 - Angelegenheiten der Luftfahrt** - merkt **Peter Eichenseher (GRÜNE)** an, daß zu Titel 671 68 - Erstattungen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben des Fluggastkontrolldienstes - in den Erläuterungen zwar aufgeführt sei, daß diese Kosten durch die Einnahmen aus der Luftsicherheitsgebühr gedeckt würden, aber dieser Einnahmeposten tauche im Nachtragshaushalt nicht auf. - **MR Kröger (MWMTV)** antwortet, daß die Einnahmen aus der Luftsicherheitsgebühr in Kapitel 08 082 Titel 111 20 etatisiert seien. Der Ansatz für die Luftsicherheitsgebühr betrage für den Haushalt 1999 82,55 Millionen DM. Der Nachtragshaushalt habe hier keine Änderungen vorgenommen.

Zu **Kapitel 08 084 - Straßen- und Brückenbau** - begrüßt **Günter Langen (CDU)** ausdrücklich, daß 22,5 Millionen DM zusätzlich für Titel 883 11 - Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen -, Titel 883 12 - Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Millionen DM Gesamtkosten je Maßnahme - und Titel 883 13 - Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans - vorgesehen seien. Deshalb werde sich die CDU bei der Gesamtabstimmung enthalten.

Heinz Hunger (SPD) betont die Notwendigkeit, diese Titel auch weiterhin anzuheben, um insbesondere Rückstände bei der Straßenunterhaltung zu beseitigen und Unfallschwerpunkte zu entschärfen.

Gesamtabstimmung siehe **Beschlußprotokoll**.

3 Gesetz zur Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 12/4001

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Manfred Hemmer führt aus, daß dieser Gesetzentwurf bereits im Plenum behandelt worden und dort am 10. Juni 1999 zur Beratung und Vorlage einer Beschlußempfehlung an den Verkehrsausschuß überwiesen worden sei.

Günter Langen (CDU) legt dar, daß der Landesstraßenbedarfsplan normalerweise alle 5 Jahre fortgeschrieben werden müsse. Die letzte Fortschreibung sei am 28. Januar 1993 erfolgt. Der Antrag der CDU auf Fortschreibung sei abgelehnt worden. Deshalb habe man diesen Gesetzentwurf eingebracht.

Die Argumente der Plenardebatte wolle er nicht noch einmal wiederholen. Lediglich auf einen Punkt wolle er zurückkommen: Die von Rainer Michaelis beanstandeten Ortsumgehungen für den Ortsteil Münster-Wolbeck - L 520 und L 585 - seien sehr wohl sinnvoll.

Die CDU begrüße es, daß der Haushaltsentwurf 2000 für den Landesstraßenausbauplan nicht mehr 100, sondern 150 Millionen DM vorsehe. Die CDU habe ihrem Gesetzentwurf 180 Millionen DM/Jahr zugrunde gelegt. Da dieser Ansatz von 150 Millionen DM wohl auch mittelfristig gelten solle - auch die SPD-Fraktion habe gerade signalisiert, daß dies notwendig sei -, bitte er, die heute Abstimmung noch einmal zu vertagen und in der nächsten Sitzung weiterzuberaten, um sich dann auf vielleicht 150 oder 160 Millionen DM zu einigen.

Im übrigen sei der erste Landesstraßenbedarfsplan damals einstimmig verabschiedet worden; auch später hätten die großen Parteien auf diesem Gebiet häufig gemeinsam gearbeitet. Wenn zwischen den großen Parteien ein Konsens erzielt würde, wäre mit dem Landesstraßenausbau bzw. dem Landesstraßenbedarfsplan eine Basis für die nächsten Jahre geschaffen.

Walter Bieber (SPD) erinnert daran, daß die Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans bereits im Januar 1999 aus folgenden Gründen im Plenum mehrheitlich abgelehnt worden sei:

Der gültige Landesstraßenbedarfsplan sei auf einen Zeitraum von etwa 20 Jahren angelegt und habe bei seiner Aufstellung ein Volumen von 3,3 Milliarden DM umfaßt. Die Maßnahmen,